

.VORWORT



Österreich zählt nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt. Unsere Polizisten genießen ein hohes Ansehen und

Vertrauen in der Bevölkerung. Das wird von Umfragen immer wieder bestätigt.

In Österreich wurden im Jahr 2005 570.186 strafbare Handlungen begangen, das sind um sechs Prozent weniger als im Jahr 2004. Die Aufklärungsquote betrug im Berichtsjahr 40 Prozent und lag damit um 1,5 Prozent höher als im Jahr 2004. Von den österreichischen Sicherheitsdienststellen wurden 2005 17.150 Fälle von Schlepperei, rechtswidrigem Grenzübertritt und unerlaubtem Aufenthalt registriert. Das entspricht einem Rückgang um 497 Fälle gegenüber dem Jahr 2004. An den Grenzen bzw. innerhalb des Bundesgebietes wurden 39.485 Personen aufgegriffen. Dies entspricht einem Anstieg um 843

Personen. Auch im Jahr 2004 ging weder von der rechts-, noch von der linsextremen österreichischen Szene eine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Systems und der innerstaatlichen Sicherheit aus.

Mit Stand 31.12.2005 waren 505.649 Fremde im Besitz eines aufrechten Aufenthaltstitels.

Insgesamt wurden 53.366 Erstaufenthaltstitel erteilt, dabei nehmen Staatsangehörige aus Serbien-Montenegro (26,3 %) den ersten Rang ein, gefolgt von der Türkei (knapp 20 %) und Bosnien-Herzegowina (19,5 %).

22.461 Fremde stellten einen Antrag auf Gewährung von Asyl. Die Asylwerber kommen aus 100 Ländern, wobei etwa ein Fünftel aller Antragsteller aus Serbien-Montenegro stammt. Mit Stichtag 30. Dezember 2004 befanden sich 1.648 Personen in den Betreuungseinrichtungen des Bundes, mit 30. Dezember 2005 waren es 2.087 Personen (+26,6 %).

Liese Prokop
Bundesministerin für Inneres

.KRIMINALITÄT IN ÖSTERREICH 2005

2005 konnten 239.629 Straftaten geklärt werden, das entspricht einem Minus von 2,3 Prozent gegenüber 2004. Auch verringerte sich die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen – von 247.425 im Jahr 2004 auf 243.493.

Laut „Kriminalitätsbericht 2005 – Statistik und Analyse“ wurden im vergangenen Jahr von den Sicherheitsbehörden in Österreich 605.272 gerichtlich strafbare Handlungen registriert, davon 456.524 Vergehen und 148.748 Verbrechen. Das entspricht einem Rückgang um 38.376 Fälle, oder 6 Prozent. Die Verbrechen sind im Vergleichs-



zeitraum gegenüber dem Jahr 2004 um 23.367 Fälle oder 13,6 Prozent, die Vergehen um 15.009 Fälle oder 3,2 Prozent gesunken.

Fast 40 Prozent aller Straftaten konnten geklärt werden.

Bei den personsbezogenen Deliktsbereichen (Straftaten gegen Leib und Leben, die Freiheit sowie gegen die Sittlichkeit) gibt es trotz leichtem Rückgang eine traditionell hohe Aufklärungsziffer; bei den anonymen Straftaten (Massendelikte wie Diebstahl und Einbruch) ist die Klärungsrate niedrig. 239.629 (um 5.760 weniger als im Jahr zuvor) aller im vergangenen Jahr registrierten 605.272 Straftaten konnten geklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 39,6 Prozent (2004: 38,1 %). Bei den Vermögensdelikten gab es einen Anstieg der Aufklärungsquote um einen ganzen Prozentpunkt. Bei den Straftaten gegen Leib und Leben



gab es mit rund 86,4 Prozent geklärter Fälle eine etwas geringere Quote wie im Jahr 2004 (87,9 %). Bei den gerichtlich strafbaren Handlungen gegen die Freiheit blieb die Quote mit 92,6 Prozent gleich. Die Sittlichkeitsdelikte weisen mit 73,7 Prozent eine geringere Aufklärungsrate auf (2004: 78,6 %).

Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt

und hat im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Kriminalitätsbelastungsziffern: Wurden etwa im Jahr 2005 in Deutschland 7.748 und

in Finnland 15.250 strafbare Handlungen pro hunderttausend Einwohner registriert, waren es in Österreich 7.404 Delikte.

Die Polizei ermittelte gegen 243.493 Tatverdächtige. Das entspricht einem Rückgang um 3.932 Verdächtige (-1,6 %). Auch bei der Anzahl der fremden Tatverdächtigen gab es einen Rückgang um 1,6 Prozent. 70.339 der 243.439 Tatverdächtigen hatten nicht die österreichische Staatsbürgerschaft (30 Prozent). Das bedeutet ein Gleichbleiben des Fremdenanteils an allen Tatverdächtigen gegenüber 2004. Im internationalen Vergleich weist Österreich seit

Jahren eine der niedrigsten Kriminalitätsraten auf.

Kfz-Diebstahl

6.324 Kfz-Fahndungen wurden 2005 im Elektronischen Kriminalpolizeilichen Informationssystem (EKIS) erfasst. Darin enthalten sind alle in Österreich gestohlenen Fahrzeuge sowie österreichische Kfz, die im Ausland gestohlen wurden. Gegenüber 2004 bedeutet dies eine Steigerung um 351 Fälle (+ 6 %). Am häufigsten gestohlen wurden Fahrzeuge der Marken VW, Audi, Mercedes, Ford, BMW und Opel. Jedes zweite in Österreich gestohlene Fahrzeug wird wieder aufgefunden. Beim Kfz-Diebstahl mit Tatort Ausland gab es eine Steigerung um 5 Prozent von 1.050 auf 1.102 Fälle.

Auf Grund der Zunahme von Kraftfahrzeugdiebstählen in Ostösterreich hatte das Bundeskriminalamt 2005 eine Ermittlungsgruppe gebildet. Deren Mitarbeitern gelang es sieben Verdächtige einer ungarischen Kfz-Diebstahlsbande auszuforschen und in Österreich festzunehmen. 81 Kraftfahrzeugdiebstähle

wurden geklärt und mehrere zum Abtransport bereitgestellte Fahrzeuge sichergestellt.

Die Tätergruppen hatten nicht nur gestohlene Autos nach Osteuropa verschoben, sondern Fahrzeuge in ihre Einzelteile zerlegt und diese an Ersatzteihändler in Österreich verkauft. Bis April 2006 wurden in Kooperation mit den Fahrzeugfirmen – insbesondere Audi und VW – und den deutschen Polizeibehörden ungefähr 5.000 Abfragen zur Herkunft von aufgefundenen Fahrzeugteilen gemacht. Etwa 150 Teile konnten Fahrzeugen zugeordnet werden, die in Österreich, Ungarn, Tschechien und in der Slowakei gestohlen worden waren.

Im ungarischen Innenministerium wurde eine „Task Force“ eingerichtet, die eng mit den österreichischen Ermittlungsteams kooperierte. Zeitgleich mit der österreichischen Aktion erfolgten Hausdurchsuchungen in Ungarn bei drei Firmen, bei denen gestohlene Fahrzeuge zerlegt und die Teile nach Österreich transportiert wurden. Man verspricht sich durch die Erkenntnisse aus Österreich die Aufdeckung eines Autodiebstahls- und Hehlerrings.

.KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2005

Die wichtigsten Kennzahlen der Kriminalitätsstatistik 2005.
(Basis dieser Statistik sind die erstatteten Anzeigen).

KRIMINALITÄTSHÄUFIGKEITSAHL

(Straftaten pro 100.000 Einwohner)

Häufigkeitszahlen im internationalen Vergleich

(ohne strafrechtliche Delikte aus dem Straßenverkehr)

Häufigkeitszahl

Österreich	7.404
Deutschland	7.748
Finnland	15.250

Die Gesamtkriminalität ist von 2004 (643.648) auf 2005 (605.272) um sechs Prozent gesunken.

ALLE GERICHTLICH STRAFBAREN HANDLUNGEN

Absolute Zahlen

Strafbare Handlungen	2005	2004	Veränderung in Prozent
Verbrechen	148.748	172.115	- 13,6 %
Vergehen	456.524	471.533	- 3,2 %
Gesamt	605.272	643.648	- 6 %

.KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2005

Die wichtigsten Delikte

DELIKTE GEGEN LEIB UND LEBEN

Strafbare Handlungen	2005	2004	Veränderung in Prozent
Mord § 75	146	170	- 14 %
schwere Körperverletzung § 84	3.340	3.330	+ 0,3 %

DELIKTE GEGEN DIE SITTlichkeit

Vergewaltigung § 201	678	687	- 1,3 %
Geschlechtliche Nötigung § 202	320	291	+ 10 %
Schwerer sexueller Missbrauch von Unmündigen § 206	263	328	- 20 %
Sex. Missbrauch von Unmündigen § 207	325	400	- 19 %

DELIKTE GEGEN FREMDES VERMÖGEN

Schwere Sachbeschädigung § 126	4.750	5.662	- 16 %
Schwerer Diebstahl § 128	4.159	6.270	- 35 %
Diebstahl durch Einbruch § 129	115.526	137.270	- 16 %
Raub § 142	2.798	2.854	- 2 %
Schwerer Raub § 143	1.411	1.287	+ 6,9%
Schwerer Betrug § 147	557	583	- 4,5 %

Die **Kriminalpolizeiliche Beratung** berät die Bevölkerung kostenlos. 2005 wurden 37.211 Menschen in ihren Häusern/Wohnungen sowie in den Dienststellen der Sicherheitsexekutive beraten. Die Anzahl der telefonischen Beratungen betrug 2.771. Die Beamten der Kriminalpolizeilichen Beratung hielten 1.340 Vorträge, davon die meisten in Schulen vor Lehrern und Eltern.

.VERFASSUNGSSCHUTZ

Keine akute Bedrohung

Auch im Jahr 2005 ging weder von der rechts-, noch von der linksextremen österreichischen Szene eine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Systems und der innerstaatlichen Sicherheit aus.

Im Bereich der gewaltbereiten rechtsextremen Skinheadszenen konnten eine Reihe einschlägiger Veranstaltungen bereits im Vorfeld verhindert bzw. entschärft werden. Die linksextreme Szene nahm die EU-Präsidentschaft Österreichs zum Anlass für Protestaktionen, die weitgehend friedlich verliefen.

Im Terrorismusbereich bestätigten die Anschläge auf die Londoner U-Bahn am 7. Juli 2005, dass der islamistische Terrorismus ein Teil der europäischen Gesellschaft geworden ist. Die Hinwendung europäischer Muslime zum Fundamentalismus und zum terroristischen Jihadismus war in abgeschwächter Form auch in Österreich bemerkbar. Derzeit gibt es aber keine Hinweise auf eine akute Bedrohung. In 29 Fällen – mehr als doppelt soviel als im Vorjahr – wurde wegen

Verdacht des Terrorismusfinanzierung ermittelt. Die Bekämpfung dieser Form der Kriminalität hat durch eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Finanzmarktaufsicht, des Finanzministeriums, des Bundeskriminalamtes und des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) neue Impulse erfahren.

Die internationale Zusammenarbeit stand im Zeichen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes. Das BVT übernahm den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe „Terrorismus“ in der 3. Säule der EU (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit). Ein Hauptschwerpunkt lag in der Stärkung des Dialogs der Kulturen und Religionen, um den Phänomenen der Radikalisierung und Rekrutierung vorzubeugen.

.SCHLEPPERKRIMINALITÄT 2005

Die Polizei registrierte im Jahr 2005 weniger Fälle von Schlepperei. Es wurden jedoch mehr Personen aufgegriffen, die sich illegal im Bundesgebiet aufhielten.

In der Slowakei und Ungarn hat die Polizei vergangenes Jahr viele Schlepper aufgegriffen, die nach Österreich wollten. Das erklärt auch den Rückgang der Zahl der Fälle von Schlepperei in Österreich. Im Jahr 2005 registrierte die Polizei 17.150 Fälle von Schlepperei, rechtswidrigem Grenzübertritt und unerlaubtem Aufenthalt im Bundesgebiet; dies bedeutet einen Rückgang um 497 Fälle (- 2,82 %) gegenüber 2004.

Weniger Schlepper schleppten mehr Personen ins Land. Der Aufgriff von 39.485 Personen an den österreichischen Grenzen sowie im Bundesgebiet, bedeutet eine Zunahme um 843 (+ 2,18 %) gegenüber 2004. Ein dramatischer Anstieg war bei den geschleppten Personen aus Serbien-Montenegro zu verzeichnen von 1.011 im Jahr 2004 auf 3.604 (+ 256 %) im Jahr 2005. Die Angehörigen dieser Nationalität suchten um Asyl an, um

ihren Aufenthalt zu legalisieren, bevor das neue Asylgesetz mit 1. Jänner 2006 in Kraft trat. Zu einem Rückgang von 18,4 Prozent kam es bei den rechtswidrig eingereisten sowie aufhältigen Personen. Wie im Jahr 2004 handelt es sich hierbei vorwiegend um Staatsangehörige aus Rumänien und Bulgarien, die in der EU einer illegalen Beschäftigung nachgehen und die 90-tägige sichtvermerksfreie Zeit überschreiten.

Beweggründe für die Migration

Die Motive zur illegalen Einreise nach Österreich waren wirtschaftliche Gründe, politischer Verfolgung sowie persönliche Gründe wie Familienzusammenführung. Die Schlepperorganisationen zeigten sich sehr flexibel in Bezug auf Änderungen von legislativer und behördlicher Seite und passten sich geänderten Rahmenbedingungen in kürzester Zeit an.

.SUCHTMITTELKRIMINALITÄT 2005

Im Jahr 2005 stellten die Exekutivbeamten in Österreich mehr als fünfmal so viel Heroin sicher wie im Jahr davor.

Die Exekutivbeamten konnten im Jahr 2005 282 Kilogramm Heroin im Schwarzmarktwert von 19,7 Millionen Euro sicherstellen; um 20 Prozent mehr als im Vergleich zu 2004. Bei der Beschlagnahme von Kokain gab es eine Steigerung von 225 Prozent. Die exorbitante Steigerung der Sicherstellungsmenge ist auf drei Großaufgriffe in der Größenordnung von 143 kg, 30 kg und 24 kg zurückzuführen.

Im Jahr 2005 wurden in Österreich 25.892 Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz erstattet, um 2,7 Prozent mehr als 2004 (25.215). Davon entfielen 848 Anzeigen auf psychotrope Stoffe und 3 Anzeigen auf Vorläuferstoffe.

2005 gab es einen Rückgang bei der Sicherstellung von Cannabisprodukten (820 kg), Ecstasy (114.104 Stück); eine Zunahme gab es bei der Sicherstellung von Heroin (282 kg) und LSD (2.109 Trips).

Das Innenministerium verstärkt die internationale Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität. Ziel ist die Durchbrechung der Drogen-Transitrouuten unter anderem durch einen effektiven Grenzschutz in den EU-Außengrenzen und durch den Ausbau des Verbindungsbeamtennetzes des Innenministeriums. Derzeit sind 19 österreichische Polizeibeamte im Ausland im Einsatz, 20 Vertreter ausländischer Polizeidelegationen sind in Österreich im Einsatz.

DROGENSICHERSTELLUNGEN

Sicherstellungsmengen:	2005	2004	Veränderung
Kokain	245 kg	75,5 kg	+ 225 %
Heroin	282 kg	235 kg	+ 20 %
Cannabiskraut	820 kg	1.114 kg	- 8 %
LSD-Trips (Stück)	2.109	2.228	-5 %
Ecstasy (Stück)	114.104	122.662	- 7 %



2005 beschlagnahmten die Behörden 245 kg Kokain.

Der Drogenschmuggel erfolgt vorwiegend von ausländischen kriminellen Gruppierungen. Österreich wird von diesen Banden aufgrund der geografischen Lage als Transitland auf den Hauptschmuggelrouten benützt. Auf diesem Weg werden auch die illegalen Märkte in Österreich versorgt. Die illegale Einfuhr von Kokain nach Österreich erfolgt unverändert überwiegend durch Kuriere südamerikanischer Organisationen oder afrikanischer Tätergruppen; das Kokain kommt häufig auf dem Luftweg nach Österreich.

Am Flughafen Wien-Schwechat wurden einzelne Mengen bis zu 30 kg beschlagnahmt. Auch auf Schiffen wird Kokain von Südamerika nach Europa geschmuggelt. Die

Polizei zerschlug im Vorjahr eine international agierende kriminelle Organisation, die große Mengen Kokain von Südamerika nach Europa geschmuggelt hatte, versteckt in Schiffscontainern. Österreich war dabei „Depotland“. Wiederholt waren afrikanische Tätergruppen im Bereich des Kokainschmuggels und Handels in den illegalen Suchtmittelhandel involviert. Der Straßenhandel (offene Szene) wird von diesen Tätern beherrscht. Afrikanische Tätergruppen handeln neben Kokain auch mit Heroin Cannabisprodukten und vereinzelt auch mit synthetischen Drogen. Die Balkanroute mit ihren verschiedenen Verzweigungen ist nach wie vor ein beachtlicher Schmuggelpfad.

.ASYL- UND FREMDENWESEN

Die Zahl der Asylanträge sank im Jahr 2005 um 8,8 Prozent, gegenüber dem Jahr zuvor.

Am 1. Mai 2004 trat die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen Bund und Ländern statt. Sie regelt gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden. 2.032 Asylantragsteller wurden in die Bundesbetreuung aufgenommen. Das Bundesministerium für Inneres verfügt über vier Betreuungsstellen für Asylwerber in Traiskirchen, Bad Kreuzen, Thalham und Reichenau.

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) gewährt finanzielle Hilfe an Asylberechtigte und non-refoulement Flüchtlinge zur Wohnraumbeschaffung, Wohnungsinstandsetzung, Mietzinsunterstützung und zum Besuch eines Deutschkurses oder einer Kursausbildung. Nach Abschluss des Deutschkurses und erfolgreicher Arbeitssuche können Asylberechtigte beim ÖIF um eine Wohnung ansuchen. Der Fonds hat das Einweisungsrecht für

mehr als 5000 Wohnungen in 51 verschiedenen Orten bundesweit. Die Wohnungen befinden sich im Eigentum des ÖIF, des BMI und des UNHCR. Die Hauptzielgruppe für Wohnungszuweisungen sind Asylberechtigte nach dem Asylgesetz. Wenn jedoch zusätzlich freie Wohnungen zur Verfügung stehen, können sich auch andere Personen mit Aufenthaltsrecht um eine Wohnung bemühen. Grundvoraussetzung ist Hilfsbedürftigkeit. Der ÖIF leitet seit 2004 fünf Integrationswohnhäuser in Österreich: In Kaiserebersdorf (11. Wiener Gemeindebezirk), in der Nußdorferstraße (9. Wiener Gemeindebezirk), in der Vorderbrühl (Niederösterreich), in Kapfenberg (Steiermark) und in Haid (Oberösterreich). Der ÖIF vergibt jährlich 3 Stipendien in der Höhe von je 1000 Euro für Diplomarbeiten zu Themen der Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen. Nähere Informationen gibt es unter: www.integrationsfonds.at/

ASYLSTATISTIK 2005

Im Jahr 2005 stellten 22.461 Fremde einen Antrag auf Gewährung um Asyl in Österreich. 2004 (24.634). Dies entspricht einem Rückgang um 8,8 Prozent. Die Asylwerber stammen aus 99 (2004: 108) Ländern. 24.963 Asylverfahren wurden abgeschlossen, in 4.998 Fällen wurde Asyl gewährt.

FREMDENPOLIZEILICHE MASSNAHMEN

Im Jahr 2005 stieg die Zahl der Zurückweisungen leicht an; hingegen die Zurückschiebungen, Ausweisungen, Aufenthaltsverbote, Schubhaftverhängungen und Abschiebungen waren rückläufig. Der deutliche Anstieg der Zurückschiebungen und Zurückweisungen ist auf die verstärkten Kontrollen an den Grenzen zurückzuführen.

Zurückweisungen (§ 52 FrG)	27.043	+ 3 %
Zurückschiebungen (§ 55 FrG)	4.132	- 55 %
Ausweisungen (§§ 33 und 34 FrG)	4.745	- 40 %
Aufenthaltsverbote (§ 36 FrG)	7.194	- 20 %
Schubhaftverhängungen (§ 61 FrG)	7.463	- 16 %
Abschiebungen (§ 56 FrG)	4.277	- 25 %

MIGRATION

Für 2005 sieht die Niederlassungsverordnung folgende Höchstzahlen vor

Burgenland	125
Kärnten	200
Niederösterreich	1.075
Oberösterreich	685
Salzburg	390
Steiermark	660
Tirol	530
Vorarlberg	275
Wien	3.560

ASYLANTRÄGE

Die wichtigsten Herkunftsländer

Serbien u. Montenegro	4.403
Russische Föderation	4.355
Indien	1.530
Moldau	1.210
Türkei	1.064
Georgien	954
Afghanistan	923
Nigeria	880
Mongolei	640
Bangladesh	548
Armenien	516
Pakistan	498

.PERSONAL DES BM.I

(Stand 1. Dezember 2005)

BUNDESPOLIZEI

Bei den LPKs sind 26.893 Frauen und Männer beschäftigt, davon 25.711 im Exekutivdienst und 1.182 in der Sicherheitsverwaltung.

SIDs UND BPDs

Bei den SIDs und BPDs sind 637 Exekutivbedienstete und 2.462 Verwaltungsbedienstete beschäftigt.

In den Bildungszentren der Sicherheitsexekutive sind 177 Exekutivbedienstete und 66 Verwaltungsbedienstete beschäftigt. Im unmittelbaren Bereich des Bundesministerium für Inneres (inkl. BKA, COBRA, SIAK, BVT) sind 2.591 Bedienstete beschäftigt, davon 772 im Exekutivdienst und 1.819 in der Verwaltung.

KONTAKT/INFORMATION:

Bundesministerium für Inneres

A-1014 Wien, Herrengasse 7

Bürgerdienst

Telefon: +43 (0)1-53126-3100 oder 081000-5140 (zum Ortstarif)

infomaster@bmi.gv.at

Zentrale Einlaufstelle

einlaufstelle@bmi.gv.at

Internet: www.bmi.gv.at